

# Kieler Konjunkturberichte

## Mittelfristprojektion für Deutschland im Sommer 2026

Abgeschlossen am 17. Juni 2026

Jens Boysen-Hogrefe, Klaus-Jürgen  
Gern, Dominik Groll, Timo Hoffmann,  
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Johanna  
Krohn, Wan-Hsin Liu, Finn Mentzer und  
Jan Reents

Forschungsgruppe  
Konjunktur und Wachstum

# Inhaltsverzeichnis

DAS PRODUKTIONSPOTENZIAL BIS ZUM JAHR 2030.....	2
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG BIS ZUM JAHR 2030.....	7
Weltwirtschaft wächst etwas langsamer.....	7
Monetäre Rahmenbedingungen und finanzpolitisches Umfeld.....	9
Die Wirtschaftsleistung steigt mittelfristig kaum noch.....	10
RISIKEN UND WIRTSCHAFTSPOLITIK.....	17
METHODENANHANG.....	19
LITERATUR.....	26
IMPRESSUM.....	28

## Kasten 1

<u>Die Schätzung des Produktionspotenzials nach dem EU-Verfahren</u>	21
----------------------------------------------------------------------	----

## Kasten 2

<u>Zu den Einflussgrößen der Rentenhöhe</u>	23
---------------------------------------------	----

# Schwere Beine, schlechter Platz – Alterung und Standortchwäche bremsen Wachstum aus

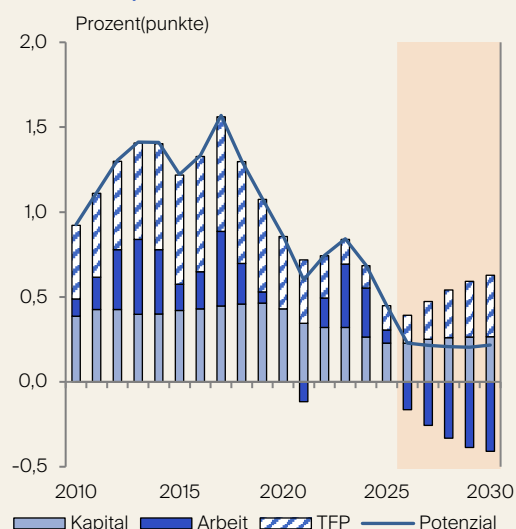
Jens Boysen-Hogrefe, Klaus-Jürgen Gern, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Johanna Krohn, Wan-Hsin Liu, Finn Mentzer und Jan Reents

*Das Potenzialwachstum verharrt auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegt im laufenden Jahr bei nur noch rund 0,2 Prozent und bleibt bis zum Ende des Jahrzehnts auf diesem Stand, nachdem sie im Mittel der Jahre 2000 bis 2019 noch etwa 1,3 Prozent betrug. Maßgeblich hierfür ist die demografische Alterung. Das potenzielle Arbeitsvolumen hat seinen Zenit überschritten und ist über den gesamten Projektionszeitraum hinweg rückläufig. Der Kapitalstock stützt zwar weiterhin die Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten, jedoch nur mit historisch niedrigen Wachstumsbeiträgen. Darin spiegelt sich das hohe Alter des Kapitalstocks, das auf eine langjährige Standortchwäche hindeutet. Die Produktivität dürfte sich nur teilweise erholen und wegen fortbestehender Strukturprobleme, insbesondere der Krise im Verarbeitenden Gewerbe, nicht an frühere Wachstumsphasen anknüpfen. Gegenüber der Winterprojektion fällt die Einschätzung etwas niedriger aus, vor allem gegen Ende des Jahrzehnts. Seit dem Vorkrisenjahr 2019 musste das Niveau sukzessive nach unten revidiert werden, was auf außergewöhnlich starke Strukturveränderungen hindeutet. In welchem Ausmaß die Wirtschaft derzeit unterausgelastet ist, bleibt angesichts der Strukturkrise unscharf.*

## Das Produktionspotenzial bis zum Jahr 2030

**Das Potenzialwachstum verharrt im Projektionszeitraum auf einem historisch niedrigen Niveau.** Das Produktionspotenzial dürfte im laufenden Jahr lediglich um rund 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigen (Abbildung 1).<sup>1</sup> Auch im weiteren Projektionszeitraum bis zum Ende des Jahrzehnts

Abbildung 1:  
Produktionspotenzial und Wachstumsfaktoren



Jahresdaten. Produktionspotenzial: Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent; Faktoren: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

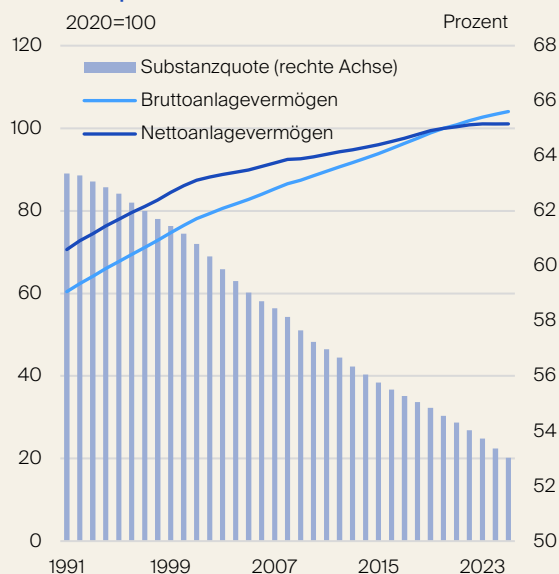
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

<sup>1</sup> Wir bestimmen das Produktionspotenzial, d. h. das bei Normalauslastung aller Produktionsfaktoren erzielbare Bruttoinlandsprodukt, auf Basis einer Produktionsfunktion, in die das potenzielle Arbeitsvolumen, der Kapitalstock und

der Trend der totalen Faktorproduktivität (TFP) eingehen. Das Verfahren lehnt sich an jenes der Europäischen Kommission an (Methodenanhang).

dürfte das jährliche Potenzialwachstum durchschnittlich nur etwa 0,2 Prozent betragen, nach etwa 1,3 Prozent im Mittel der Jahre 2000 bis 2019. Maßgeblich für den Rückgang ist das infolge des demografischen Wandels sinkende potenzielle Arbeitsvolumen. Dieses hat im vergangenen Jahr seinen Zenit überschritten, dämpft bereits im laufenden Jahr das Potenzialwachstum und wird im Projektionszeitraum weiter schrumpfen. Auch der Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks fällt im historischen Vergleich niedrig aus und wird bis zum Jahr 2030 allenfalls leicht steigen. Trug der Faktor Kapital im Jahr 2000 noch rund 0,9 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum bei, dürften es zwischen den Jahren 2026 und 2030 im Durchschnitt nur etwa 0,3 Prozentpunkte sein. Ursächlich hierfür könnte vor allem die seit Jahren andauernde Standortchwäche sein. Infolge einer seit Jahren steigenden Abgangsquote bei zugleich niedriger Investitionstätigkeit sinkt die Substanzquote (Abbildung 2). Dementsprechend nimmt rein rechnerisch der Anteil von Ersatz- zu Lasten von Erweiterungsinvestitionen zu, was die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten bei gegebener Investitionstätigkeit weniger stark wachsen lässt. Hinzu kommt, dass das alterungsbedingt rückläufige Arbeitsvolumen für sich genommen die Investitionstätigkeit dämpfen dürfte (Groll 2023). Ähnlich wie beim Kapital liegt auch der Wachstumsbeitrag der Totalen Faktorproduktivität (TFP) auf einem historischen Tiefstand. Im laufenden Jahr dürfte er rund 0,2 Prozentpunkte betragen und im weiteren Verlauf auf etwa 0,4 Prozentpunkte steigen. Damit bleibt er deutlich unter dem Niveau zu

Abbildung 2:  
Substanzquote



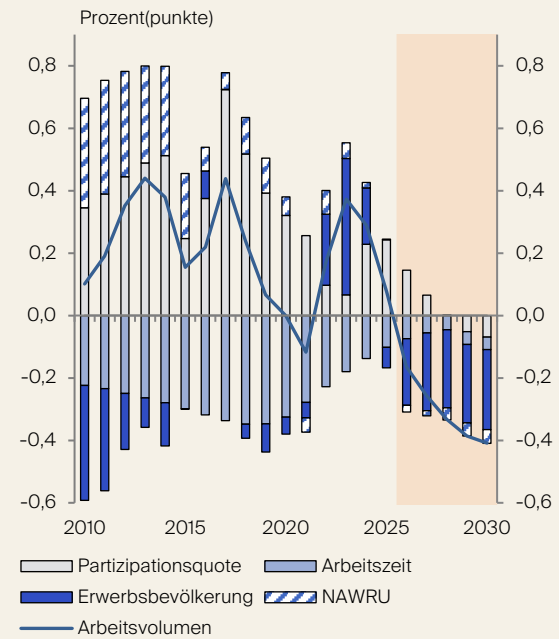
Jahresdaten. Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen: Volumen; Substanzquote: Verhältnis aus Netto- und Bruttoanlagevermögen in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Kiel Instituts.

Beginn des Jahrtausends, als die Produktivität noch rund einen Prozentpunkt zum Potenzialwachstum beitrug. Abgesehen von kleineren Schwankungen folgt das Produktivitätswachstum in Deutschland – wie in anderen großen Volkswirtschaften – einem Abwärtstrend, dem die Projektion Rechnung trägt (Boysen-Hogrefe und Hoffmann 2026). Darüber hinaus dürfte die Strukturkrise im Verarbeitenden Gewerbe die Produktivitätsentwicklung noch auf absehbare Zeit dämpfen. Mit dem EU-Schätzverfahren ergibt sich eine etwas höhere Potenzialwachstumsrate von durchschnittlich 0,4 Prozent bis zum Ende des Projektionszeitraums im Vergleich zu der von uns an mehreren Stellen modifizierten Variante. Maßgeblich ist, dass im EU-Verfahren die Folgen des demografischen Wandels weniger detailliert modelliert werden und der dämpfende Einfluss des Arbeitsvolumens geringer ausfällt (Kasten 1).

**Das potenzielle Arbeitsvolumen hat seinen Zenit überschritten und zehrt am gesamtwirtschaftlichen Wachstum.** In den vergangenen 10 Jahren stieg das potenzielle Arbeitsvolumen und trug somit positiv zum Wachstum des Produktionspotenzials bei. Gestützt wurde der Anstieg des Arbeitsvolumens durch eine wachsende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre), die zunehmende Erwerbsbeteiligung sowie den Rückgang der strukturellen Erwerbslosigkeit (Abbildung 3). Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nahm von 2015 bis 2022 vor allem infolge der hohen Zuwanderung zu. Die Partizipationsquote stieg seit dem Jahr 1996 um rund 9 Prozentpunkte auf etwa 76 Prozent, getragen von der höheren Erwerbsbeteiligung unter Frauen und Älteren. Die strukturelle Erwerbslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment, NAWRU) sank seit 2003 infolge von Arbeitsmarktreformen und moderaten Lohnabschlüssen kontinuierlich von rund 8 auf rund 3 Prozent. Im Projektionszeitraum dürften jedoch nahezu alle Komponenten das Arbeitsvolumen dämpfen. Bei einem positiven Wanderungssaldo (ohne Flüchtlinge) von jährlich rund 90 000 Personen schrumpft die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bereits im laufenden Jahr (Abbildung 4). Der Anstieg der Partizipationsquote dürfte sich abflachen und gegen Ende des Jahrzehnts in einen Rückgang übergehen: Zwar steigt die Erwerbsbeteiligung in den jüngeren und älteren Kohorten weiter, doch nimmt alterungsbedingt das Gewicht der älteren Kohorten (mit unterdurchschnittlicher Erwerbsbeteiligung) zu. Die Fortschreibung der Partizipationsquote ist allerdings mit hoher Unsicherheit behaftet

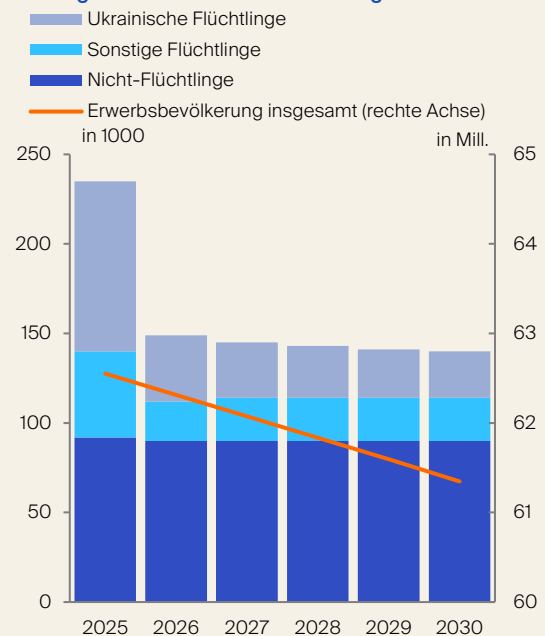
**Abbildung 3:**  
Komponenten des Arbeitsvolumens



Jahresdaten. Arbeitsvolumen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Komponenten: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

**Abbildung 4:**  
Demografie und Nettozuwanderung



Jahresdaten, Erwerbsbevölkerung, in Mill., Projektion der Bevölkerung mittels aktualisierter Bevölkerungsvorberechnung, Annahmen zu Nettomigration unterteilt in ukrainische und sonstige Flüchtlinge sowie Nicht-Flüchtlinge.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorberechnung, Variante 2 (G2-L2-W2); Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen; Berechnungen und Projektionen des Kiel Instituts.

(Hoffmann 2025a). Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen, die bereits seit 1970 im Trend sinkt, dürfte – wenngleich mit abnehmendem Tempo – weiter zurückgehen. Ursächlich ist insbesondere die steigende Teilzeitquote (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2026: Kapitel 5). Auch strukturelle Veränderungen im Arbeitsmarkt machen sich bemerkbar: So sinkt die Beschäftigung in Bereichen mit überdurchschnittlichen Arbeitszeiten (beispielsweise in der Industrie), während sie in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Arbeitszeiten (beispielsweise im Gesundheits- und Sozialwesen) steigt. Zudem dämpft der demografische Wandel durch einen Kompositionseffekt auch die durchschnittliche Arbeitszeit. So nimmt alterungsbedingt der Anteil von Kohorten mit unterdurchschnittlicher Arbeitszeit zu. Ferner steigt die NAWRU über den gesamten Projektionszeitraum und wirkt damit ebenfalls dämpfend.<sup>2</sup> Insgesamt dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen ab dem Jahr 2026 sinken und für sich genommen das Produktionspotenzial schrumpfen lassen.

**Die Zuwanderung nach Deutschland hat weiter nachgelassen.** Der Saldo aus Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland sank von rund +430 000 Personen im Jahr 2024 auf +235 000 Personen im Jahr 2025. Deutlich rückläufig war dabei die Fluchtmigration aus Ländern wie Syrien, der Türkei und Afghanistan. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sank die Zahl der Asylersanträge von rund 230 000 im Jahr 2024 auf

rund 110 000 im Jahr 2025. Rückläufig war auch die Zuwanderung aus Ländern der EU – hier überstiegen die Fortzüge die Zuzüge mittlerweile das zweite Jahr in Folge – sowie aus Drittstaaten (ohne Flüchtlinge). Die Fluchtmigration aus der Ukraine ließ etwas nach, und auch die Nettoabwanderung deutscher Staatsangehöriger stieg leicht auf knapp 100 000 Personen. Für das Jahr 2026 und den weiteren Projektionszeitraum rechnen wir im Einklang mit der unteren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts mit einem Wanderungssaldo von +150 000 Personen. Hier besteht allerdings ein Risiko, da die Wanderungszahlen im Januar und Februar des laufenden Jahres (jüngste Werte) für einen spürbar geringeren Wanderungssaldo im Jahr 2026 sprechen würden.

**Die expansive Finanzpolitik führt methodisch zu höheren Schätzungen des Produktionspotenzials.** Insgesamt gehen wir davon aus, dass die nach den verfassungsrechtlichen Lockerungen der Verschuldungsregeln derzeit expansive Finanzpolitik kurzfristig das Bruttoinlandsprodukt erhöhen wird. Die zusätzlichen öffentlichen Ausgaben können auch das Produktionspotenzial steigern. Naheliegend ist, dass eine Verbesserung der Infrastruktur potenzialstärkend wirkt. Diese Effekte dürften allerdings erst mit erheblicher Verzögerung eintreten und demgegenüber kurzfristig im Vergleich zu anderen Maßnahmen eher geringere konjunkturelle Effekte haben (Ramey 2019). Da Infrastrukturen nun zunehmend das Ende ihrer

<sup>2</sup> Die Schätzmethodik sieht vor, dass die NAWRU zu einem von der Europäischen Kommission geschätzten strukturellen Ankerwert konvergiert.

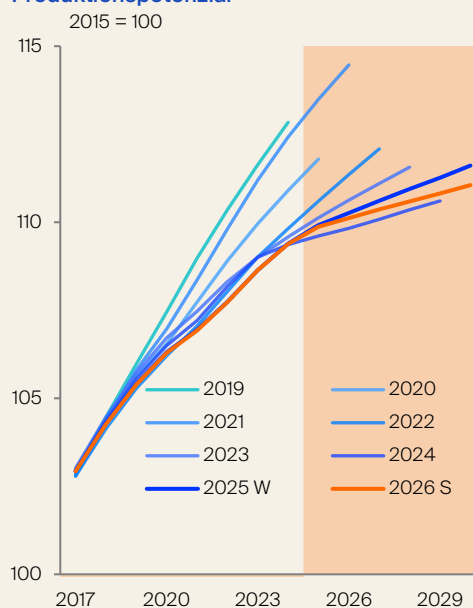
Dementsprechend steigt sie ab dem kommenden Jahr leicht.

Nutzungsdauer erreichen dürften, ablesbar beispielsweise am kontinuierlich sinkenden Substanzanteil, werden zusätzliche Investitionen schon allein dafür benötigt, den öffentlichen Kapitalstock zu erhalten (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025: 71-72). Im Ergebnis werden die öffentlichen Investitionen, das Produktionspotenzial zwar stabilisieren, aber ausgehend von dem aktuellen Niveau nicht zu deutlichen Anstiegen führen, zumal die öffentlichen Bauinvestitionen wohl ohnehin nur vergleichsweise moderat steigen. Im Bereich der Rüstungsausgaben könnten zusätzliche öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung mittelfristig zu einem höheren Potenzialwachstum beitragen (Ilzetki 2025), Die Wirkung würde umso größer ausfallen, je weniger private Forschungs- und Entwicklungsaktivität verdrängt bzw. je mehr zusätzliche Aktivität angeregt wird. Mit besseren Standortbedingungen könnten sich Innovationen zudem umso stärker in eine höhere Wirtschaftsleistung übersetzen. In den gängigen Verfahren zur Potenzialschätzung können solche Transmissionskanäle – zumal sie ohnehin schwer quantifizierbar sind – bislang nicht explizit berücksichtigt werden. In diesen Verfahren erhöht sich das geschätzte Produktionspotenzial durch eine expansive Finanzpolitik methodisch bedingt im Wesentlichen über die kurzfristig erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere auf das Bruttoinlandsprodukt. Darüberhinausgehende Effekte – auch was mögliche negative Folgewirkungen betrifft – werden nicht berücksichtigt. In unserer Mittelfristprojektion im Frühjahr 2025 haben Simulationen darauf hingedeutet, dass die expansive

Finanzpolitik das Produktionspotenzial bis zum Jahr 2029 um etwa 0,8 Prozent erhöht (Boysen-Hogrefe et al. 2025: 5-6). Da wir mittlerweile von geringeren Effekten der Finanzpolitik auf das Bruttoinlandsprodukt ausgehen, dürften die Effekte in der vorliegenden Schätzung eher geringer sein.

**Das Produktionspotenzial wird inzwischen spürbar niedriger veranschlagt als noch vor wenigen Jahren.** In den vergangenen Jahren haben wir das Niveau des Produktionspotenzials sukzessive abwärts revidiert (Abbildung 5). Ausschlaggebend ist die deutliche Abwärtsrevision des TFP-Trends, der für die Jahre 2019 bis 2024 durchgehend geringer eingeschätzt wird. Darin dürfte sich vor allem die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit 2020 widerspiegeln, die sich insbesondere in einer gedämpften Produktivitätsdynamik niederschlug. Einer noch stärkeren Abwärtsrevision wirkt entgegen, dass das

Abbildung 5:  
Produktionspotenzial



Jahresdaten; Potenzial: Herbstprojektion, ab 2025 Umstellung auf Winter/Sommer-Rhythmus, kalenderbereinigt, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen und Projektionen des Kiel Instituts.

Arbeitsvolumen für die Jahre 2022 bis 2024 zunächst zu gering veranschlagt wurde, was maßgeblich auf die im Zuge des Ukrainekriegs unvorhergesehene Zuwanderung zurückzuführen ist. Insgesamt fällt die Revision gegenüber 2019 jedoch ungewöhnlich stark aus und kam erst nach und nach zum Vorschein. Das Verfahren zeichnet damit einen Strukturwandel nach: Je länger eine gesamtwirtschaftliche Schwächephase anhält, desto eher spricht dies für strukturelle und weniger für zyklische Ursachen.

**Gegenüber der Winterprojektion revidieren wir das Niveau des Produktionspotenzials nach unten.** Dies gilt insbesondere für die Jahre 2028 bis 2030, in denen wir nunmehr das Produktionspotenzial um durchschnittlich rund 0,4 Prozent (etwa 15 Mrd. Euro) niedriger einschätzen. Die jährliche Wachstumsrate revidieren wir um durchschnittlich rund 0,1 Prozentpunkte nach unten. Ursächlich für die Abwärtsrevision ist im gleichen Maße der geringere Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens und des Kapitalstocks. Während die Revision des Arbeitsvolumens maßgeblich auf eine geringere Wanderungsannahme zurückgeht, folgt die Revision des Kapitalstocks auf neu verfügbare Datenpunkte sowie revidierte Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2030

### Weltwirtschaft wächst etwas langsamer

**In den Jahren 2028 bis 2030 dürfte sich das Wachstum mit einer Rate von jahresdurchschnittlich 3 Prozent in etwas geringerem Tempo fortsetzen.** Die Weltwirtschaft expandierte bereits

in den vergangenen Jahren etwas langsamer als im Trend der 2010er Jahre von rund 3,5 Prozent. Zwar deuten die Indikatoren darauf hin, dass im Verarbeitenden Gewerbe die Kapazitäten weltweit nicht voll ausgelastet sind, doch ist vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Arbeitslosigkeit historisch niedrig, was dafür spricht, dass das derzeitige Expansionstempo nicht deutlich vom Tempo des Potentialwachstums abweicht. In den Jahren nach 2027 – dem letzten Jahr unserer Kurzfristprognose – dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft gerechnet auf der Basis von Kaufkraftparitäten weiter auf eine Rate von rund 3 Prozent verringern. Sowohl die chinesische Wirtschaft als auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften befinden sich auf einem sinkenden Wachstumspfad, und andere Regionen der Weltwirtschaft dürften kein ausreichendes Gegengewicht bilden. Die Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgt unter der Setzung unveränderter nominaler Wechselkurse. Für den Ölpreis rechnen wir angesichts einer nur noch schwach steigenden Nachfrage und eines strukturell reichlichen Angebots mit einem Rückgang auf gut 70 US-Dollar (Tabelle 1).

**In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften drücken demographische Faktoren und sicherheitspolitische Prioritäten auf das Potenzialwachstum.** Vor allem in Europa und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Asiens geht das Erwerbspersonenpotenzial zurück. Günstiger ist von der Demografie her die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, zumal das Land auch im zunehmenden Wettbewerb um

**Tabelle 1:**  
**Weltproduktion und Welthandel**

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Bruttoinlandsprodukt							
Vereinigte Staaten	2,8	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0
Japan	-0,2	1,1	0,6	0,9	0,8	0,8	0,7
Euroraum	1,0	1,5	0,5	1,3	1,4	1,4	1,3
Vereinigtes Königreich	1,0	1,4	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3
Fortgeschrittene Länder insgesamt	1,9	2,0	1,7	1,8	1,6	1,6	1,5
China	5,0	5,0	4,7	4,6	4,5	4,4	4,3
Lateinamerika	2,1	2,1	1,9	2,2	2,5	2,5	2,5
Indien	7,2	7,5	6,6	6,7	6,8	6,8	6,8
Ostasien	4,7	4,5	3,9	4,4	4,5	4,5	4,5
Russland	4,3	1,0	0,2	0,5	0,5	0,5	1,0
Afrika	3,1	4,1	4,0	4,1	4,0	4,0	4,0
Weltwirtschaft insgesamt	3,4	3,4	2,8	3,3	3,1	3,0	2,9
Nachrichtlich: Welthandel	2,6	4,2	4,4	3,1	1,8	2,0	2,1
Ölpreis (US \$/Barrel)	79,9	68,2	89,9	80,4	70,0	71,4	72,8

Bruttoinlandsprodukt, Welthandel: Volumen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Ostasien: ohne China, Indien und Japan.

Quelle: IMF, World Economic Outlook Database; OECD, Main Economic Indicators; CPB World Trade Indicator, Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

internationale qualifizierte Arbeitskräfte besonders attraktiv ist. Allerdings führt die neuerdings restriktive Einwanderungspolitik auch hier zu einer starken Verlangsamung des Anstiegs des Erwerbsspersonspotenzials (CBO 2026). Wachstumsbremsend werden auch die Bestrebungen wirken, angesichts der zunehmenden Polarisierung der geopolitischen Blöcke in strategischen Sektoren Abhängigkeiten zu verringern und damit auf Spezialisierungsvorteile zu verzichten. Höhere Verteidigungsausgaben schaffen zwar Nachfrage, lenken aber knappe Ressourcen in Verwendungen mit geringerer Produktivität. Auch die Dekarbonisierungsanstrengungen erfordern weiterhin hohe Investitionen, ohne dass dadurch zusätzlich Produktionskapazitäten entstehen. Ein Aufwärtsrisiko für die Prognose liegt in den potenziellen Produktivitätsgewinnen, die im Zuge der rasch fortschreitenden Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien entstehen können. In der vorliegenden Projektion sind keine gravierenden

Änderungen im gegenwärtigen Produktivitätstrend unterstellt.

**Die chinesische Wirtschaft verliert als Wachstumsmotor der Weltwirtschaft an Bedeutung.** Bereits in den Jahren vor der Pandemie wurde zunehmend deutlich, dass die über viele Jahre sehr hohen Wachstumsraten in China geringer werden würden. Investitionsprogramme des Staates und eine lockere Kreditpolitik trugen zwar zur Belebung der Nachfrage bei, führten aber auch zu hohen Schulden und einer Korrektur am Immobilienmarkt, die noch auf einige Zeit die wirtschaftliche Dynamik bremsen dürfte. Zudem ist das Potenzial für Produktivitätsfortschritte durch Technologieadaption geringer geworden, was in einem wirtschaftlichen Aufholprozess unvermeidlich ist. In einer Reihe von Technologien ist China inzwischen sogar technologisch führend. Die Politik der Regierung, die Produktion in als strategisch wichtig erachteten Industrien zu fördern, birgt das Risiko der Fehllenkung von Investitionen und Humankapital, was längerfristig wachstumsdämpfend wirken würde. Der

starke Druck chinesischer Exporte auf den Weltmärkten führt zunehmend zu wirtschaftspolitischen Abwehrreaktionen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, so dass es in den kommenden Jahren wohl schwerer werden dürfte, die Produktion industrieller Überkapazitäten zu exportieren. Bremsend wirken zukünftig zunehmend auch demografische Faktoren, da die geringen Geburtenraten der vergangenen Jahrzehnte zu einem allmählich schrumpfenden Arbeitskräftepotenzial führen. Das nachlassende Wachstum in China wird wohl nur zum Teil durch kräftigeres Wachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern mit günstigeren demografischen Profilen kompensiert. Das größte Gegengewicht könnte in den nächsten Jahren Indien bilden, wo ein großes Potenzial an jungen, oft auch gut ausgebildeten Arbeitskräften besteht. Hier sind derzeit die Wachstumsraten aber bereits sehr hoch; eine weitere Beschleunigung scheint nicht wahrscheinlich. Die Aussichten für ein anhaltend kräftiges Wachstum sind auch in den übrigen Schwellenländern gut. Sie können von dem Bemühen profitieren, die internationalen Wertschöpfungsketten zu diversifizieren, um vor allem dort, wo China eine dominante Position innehat, das Risiko von – zum Beispiel geopolitisch motivierten – Störungen zu verringern.

### Monetäre Rahmenbedingungen und finanzpolitisches Umfeld

**Mittelfristig dürfte die EZB ihre Geldpolitik kaum verändern.** Nach der im Juni erfolgten Anhebung des geldpolitisch weiterhin maßgeblichen Zinssatzes für die Einlagenfazilität von 2,0 auf 2,25 Prozent, die vor allem die Inflationsfolgen des Irankriegs dämpfen soll,

wird dieses Jahr noch eine weitere Zinserhöhung erwartet. Ab dem Jahr 2027 wird dagegen mit einer Rückführung auf 2,25 Prozent gerechnet, bei dem der Einlagensatz bis 2030 verharren dürfte. Gleichzeitig dürfte sich der Abbau der Anleihebestände des Eurosystems fortsetzen.

### Die Finanzpolitik wird nach der massiven Expansion im laufenden Jahr sukzessive weniger Impulse liefern.

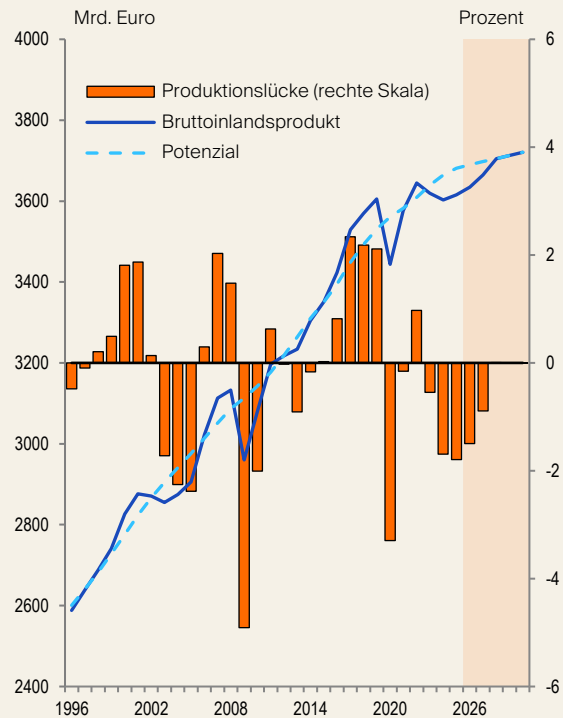
Im Jahr 2026 werden umfangreiche zusätzliche Ausgaben finanziert durch Sondervermögen und Bereichsausnahme Verteidigung aufgegleist. Beide Finanzierungsquellen dürften auch in den Jahren 2027 und 2028 noch expansive Impulse liefern. Zeitgleich werden aber wohl auch restriktive Impulse auf der Leistungsseite der Kranken- und Pflegeversicherung greifen. Im Jahr 2028 wird die finanzpolitische Expansion zudem durch einen deutlichen Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung gemindert. In den Jahren 2029 und 2030 dürften dann von der Finanzpolitik keine größeren Impulse mehr ausgehen. Zwar dürften die Rentenausgaben nach jetzigem Stand durch die Regelungen zur „Mütterrente“ und zur doppelten Haltelinie ausgeweitet werden, was für sich genommen expansiv wirkt, doch ist insgesamt damit zu rechnen, dass die angestrebte Höhe der kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben und die Ausgabenziele des SVIK bereits zuvor erreicht wurden, so dass kaum noch verfassungskonforme Finanzierungsmöglichkeiten für eine weitere Expansion bestehen. Bezüglich der Wirkung der Haltelinie auf die Rentenhöhe ist festzuhalten,

dass die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Arbeitszeit zumindest in der Vergangenheit die deutlich bedeutenderen Größen mit Blick auf die effektive Rentenhöhe als das sogenannte Rentenniveau waren (Kasten 2). Insgesamt gerät der finanzpolitische Kurs damit zunehmend in Konflikt mit den Vorgaben auf europäischer Ebene (Deutsche Bundesbank 2026; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2026).

**Die Wirtschaftsleistung steigt mittelfristig kaum noch**

**Das Bruttoinlandsprodukt bewegt sich derzeit deutlich unter dem geschätzten Produktionspotenzial.** Im vergangenen Jahr waren die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten unseren Schätzungen zufolge um knapp 2 Prozent unterausgelastet (Abbildung 6). Mit der voraussichtlich moderaten Erholung im laufenden und im kommenden Jahr würde sich die Produktionslücke verringern, aber immer noch deutlich im negativen Bereich verharren (Boysen-Hogrefe et al. 2026a). Unternehmensbefragungen zur Kapazitätsauslastung deuten ebenfalls auf derzeit deutlich unterausgelastete Kapazitäten hin. Allerdings fließen diese Umfragedaten auch in das hier verwendete Verfahren ein, um zwischen den Einflüssen des Potenzials und der Konjunktur auf die Wirtschaftsleistung zu unterscheiden. Den Umfragen zufolge ist die Auslastung im Verarbeitenden Gewerbe besonders niedrig und liegt dort bereits seit zwei Jahren um mehr als 5 Prozentpunkte unterhalb ihres langjährigen Durchschnittswertes von knapp 84 Prozent (Abbildung 7). Die Auslastung in den Dienstleistungsbranchen war zuletzt ebenfalls unter durchschnittlich.

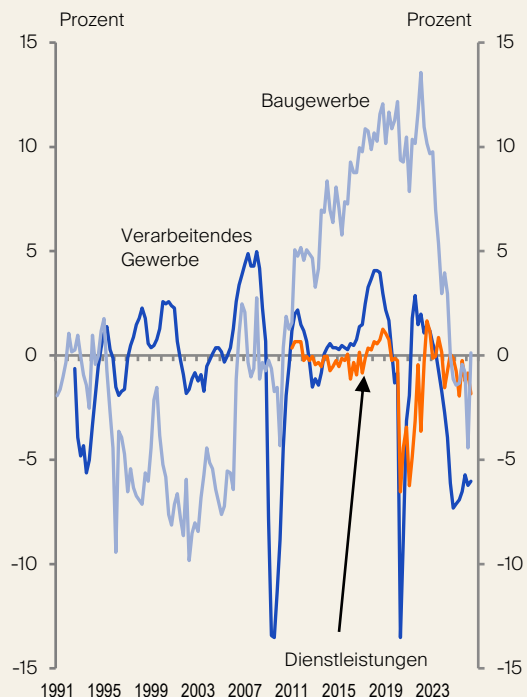
**Abbildung 6: Potenzial und Produktion**



Jahresdaten; Bruttoinlandsprodukt, Potenzial: kalenderbereinigt, preisbereinigt (verkettete Volumenwerte, Referenzjahr 2020).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Projektion.

**Abbildung 7: Unternehmensbefragungen zur Kapazitätsauslastung**



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung: Jeweils Abweichung vom historischen Mittelwert.

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*.

Freilich ist die Aussagekraft der Umfragen hier schwieriger zu beurteilen, da die Vergleichshistorie kürzer ist und die Auslastung zumindest in einigen Bereichen weniger eindeutig messbar sein dürfte als bei Produktionsanlagen im Verarbeitenden Gewerbe. Die Auslastung im Baugewerbe bewegte sich zuletzt – abgesehen von dem witterungsbedingten Einbruch im ersten Quartal – in der Nähe des langfristigen Mittels, wobei die Interpretation durch die auffälligen längerfristigen Trends der Auslastung erschwert wird.

**Für die kommenden Jahre sind kaum Einflüsse absehbar, die für eine gesamtwirtschaftlich ausgeprägte Über- oder Unterauslastung sprechen.** Außenwirtschaftlich gehen wir von einem weitgehend robusten Umfeld aus, so dass von dieser Seite keine größeren konjunkturellen Impulse zu erwarten sind. Die Finanzpolitik ist gegenwärtig expansiv ausgerichtet, was für sich genommen für eine Überauslastung sprechen würde. Mittelfristig wird sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik an-

gesichts des zunehmenden Konsolidierungsdrucks aber verringern. Seitens der Geldpolitik rechnen wir für Deutschland mit einer im Großen und Ganzen neutralen Ausrichtung. Demzufolge gehen wir für die Projektion davon aus, dass sich das Bruttoinlandsprodukt mittelfristig dem geschätzten Produktionspotenzial annähert. Angesichts der gegenwärtig negativen Produktionslücke würde das Bruttoinlandsprodukt zunächst stärker steigen als das Potenzial und, sobald die Produktionslücke geschlossen ist – was in dieser Projektion für das Jahr 2028 veranschlagt wird –, nur noch mit den niedrigen Potenzialwachstumsraten expandieren (Tabelle 2).

**Es ist fraglich, ob die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten derzeit tatsächlich deutlich unterausgelastet sind.** Die ausweislich von Potenzialschätzungen und Umfragen deutliche Unterauslastung rührt zu einem Gutteil vom Verarbeitenden Gewerbe her. Allerdings gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass die geringe Wirtschafts-

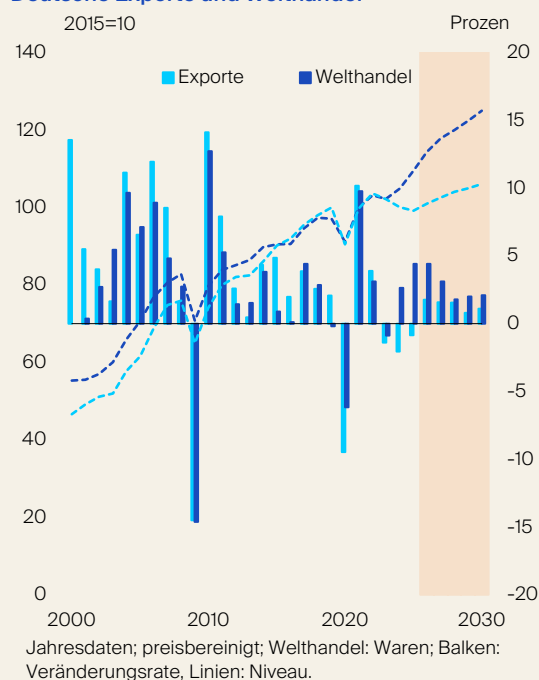
**Tabelle 2:**  
**Verwendung des Bruttoinlandsproduktes 2024–2030 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)**

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	<i>in Vorjahrespreisen</i>						
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,8	1,0	0,9	0,1	0,2
Letzte Inländische Verwendung	0,2	1,8	0,7	1,3	1,1	0,5	0,6
Private Konsumausgaben	0,5	1,3	0,3	0,4	0,4	0,1	0,2
Konsumausgaben des Staates	2,6	1,5	3,4	1,7	1,4	0,9	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	-3,3	-0,2	1,1	3,1	2,2	1,3	1,6
Vorratsveränderung (Expansionsbeitrag)	0,1	0,7	-0,4	0,0	0,0	-0,0	-0,0
Außenhandel (Expansionsbeitrag)	-0,7	-1,5	0,1	-0,3	-0,2	-0,4	-0,4
Exporte	-2,1	-0,9	1,8	1,6	1,6	0,8	1,2
Importe	-0,6	3,1	1,7	2,5	2,1	2,0	2,3
	<i>in jeweiligen Preisen</i>						
Bruttoinlandsprodukt	2,6	3,3	3,2	3,8	3,4	2,6	2,7
Letzte Inländische Verwendung	2,8	4,7	3,4	3,9	3,7	3,1	3,1
Private Konsumausgaben	2,9	3,9	3,1	2,7	2,7	2,4	2,5
Konsumausgaben des Staates	5,1	5,7	5,4	4,0	3,8	3,3	2,8
Bruttoanlageinvestitionen	-0,9	2,5	4,4	7,0	5,7	4,6	4,9
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	45,0	76,8	58,7	62,5	66,3	67,1	68,6
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	163,5	106,6	101,1	101,5	94,4	72,6	52,3
Exporte	-1,1	0,4	5,6	2,9	2,1	1,3	1,7
Importe	-0,9	3,9	6,3	3,1	2,6	2,5	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 4*; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

leistung dort nicht konjunkturell, sondern vor allem strukturell bedingt ist. So hat sich das für die Industrie wichtige Auslandsgeschäft in den vergangenen Jahren weitgehend von der Konjunktur in den Absatzmärkten bzw. dem Welthandel abgekoppelt (Abbildung 8). Maßgeblich ist der anhaltende Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der von Unternehmen in Umfragen berichtet wird. Entsprechend hat sich die Industrieproduktion im internationalen Vergleich auffallend schwach entwickelt. Somit dürfte die niedrige Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe auch ein geringes Produktionsniveau in nicht mehr wettbewerbsfähigen Produktionsanlagen widerspiegeln. Sofern sich die

Abbildung 8:  
Deutsche Exporte und Welthandel



Quelle: CPB, DeStatis; grau hinterlegt: Projektion des Kiel Instituts

Wettbewerbsfähigkeit nicht rasch wieder bessert, würde sich die Auslastung über kurz oder lang nicht durch Produktionsanstiege, sondern über einen Abbau der obsoleten Kapazitäten normalisieren. Bereits in den vergangenen Jahren dürften Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen sein (Jannsen und Kooths 2025). Die wirtschaftliche Aktivität in der Industrie strahlt erfahrungsgemäß auf die unternehmensnahen Dienstleister aus, so dass sich hier ähnliche Muster einstellen könnten (Bode et al. 2020). Auch der persistent hohe heimische Preisauftrieb – gemessen anhand des Deflators des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung – spricht gegen eine deutliche gesamtwirtschaftliche Unterauslastung. Vor diesem Hintergrund dürfte die niedrige Auslastung derzeit nicht nur konjunkturell bedingt sein.

**Die Risiken für die mittelfristigen Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts zeigen ausgehend von unserer Projektion nach unten.** Gegenwärtig liegt noch keine Methode vor, um den Einfluss von Strukturkrisen auf das Produktionspotenzial konsistent in den gängigen Schätzverfahren zu berücksichtigen.<sup>3</sup> Somit droht das Produktionspotenzial derzeit von dieser Seite her überschätzt zu werden. In dem Ausmaß, wie die in den Unternehmensbefragungen signalisierte Unterauslastung

<sup>3</sup> Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor für Schätzungen der Produktionslücke ist der TFP-Trend. Der TFP-Trend ist eine latente Größe und daher weder ex-ante noch ex-post mit Sicherheit zu bestimmen. Damit das Schätzverfahren robust zwischen Trend und Zyklus unterscheiden kann, werden Umfragedaten zur Kapazitätsauslastung im Baugewerbe, im Dienstleistungsgewerbe und in der Industrie herangezogen. Diese Daten sind beobachtbar und werden nicht revidiert. Aller-

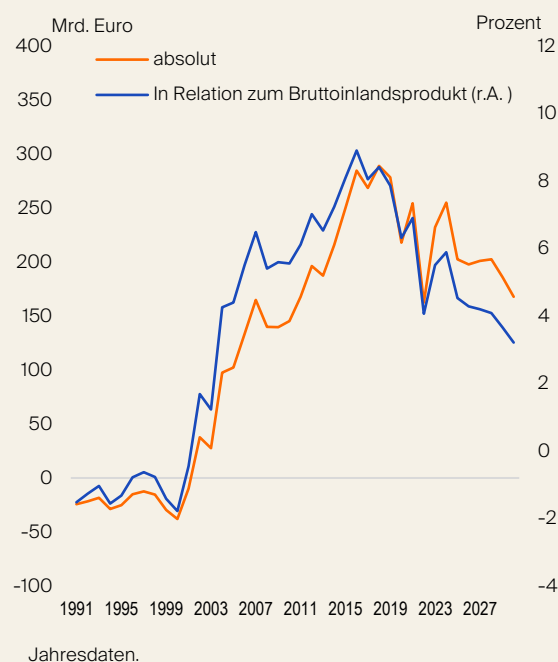
dings mehren sich die Anzeichen, dass diese Umfragedaten in der aktuellen Strukturkrise an Informationsgehalt verlieren und dadurch die Einschätzung der Produktionslücke verzerren. So schätzen Ansätze, die die Signale von Unternehmensbefragungen ignorieren, für das laufende Jahr eine deutlich geringere Unterauslastung (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2026).

auf strukturelle Ursachen zurückgeht – und nicht konjunkturell bedingt ist –, wäre das Produktionspotenzial niedriger und die negative Produktionslücke geringer (Hoffmann 2025b). Entsprechend wären auch die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts bei einer sich schließenden Produktionslücke mittelfristig niedriger. Sofern die Wirtschaft in diesem oder dem kommenden Jahr in die Überauslastung driften sollte – was z.B. angesichts der expansiven Finanzpolitik und des hohen Preisauftriebs ebenfalls ein plausibles Szenario wäre –, drohen mittelfristig in Anbetracht des verhaltenen Potenzialwachstums Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts, wenn sich die Produktionslücke wieder normalisiert. Auch abgesehen von der derzeitigen Lage werden Rückgänge der Wirtschaftsleistung angesichts des abnehmenden Potenzialwachstum zukünftig wohl deutlich häufiger auftreten.

**Der demografische Wandel nagt an den Außenhandelsüberschüssen.** Bereits in den vergangenen Jahren haben deutsche Exporteure auf den internationalen Märkten aufgrund sinkender Wettbewerbsfähigkeit spürbar an Boden verloren. Da eine deutliche Besserung der Standortbedingungen nicht absehbar ist, spricht derzeit wenig dafür, dass sich diese Entwicklung mittelfristig umkehrt. Zunehmend belastend wirkt zudem der demografische Wandel. Er dämpft das Potenzialwachstum über die rückläufige Erwerbsbevölkerung und verstärkt die ohnehin schwache Produktivitätsdynamik. Da die Bevölkerung und damit die inländische Nachfrage auf absehbare Zeit weniger stark zurückgehen als das Arbeits-

volumen, dürfte die heimische Absorption relativ zur Produktionskapazität dagegen zunehmen. Dementsprechend muss ein zunehmender Teil des Güterbedarfs durch vermehrte Importe bzw. geringere Exporte gedeckt werden. Vor diesem Hintergrund dürfte der Außenbeitrag im Projektionszeitraum weiter zurückgehen. Auch die Leistungsbilanzüberschüsse werden voraussichtlich sinken, allerdings langsamer als der Außenbeitrag, da die Einkommen aus dem Nettoauslandsvermögen wohl vorerst weiter steigen werden (Abbildung 9). Gegen Ende des Projektionszeitraums dürften Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo noch im Plus liegen. Darüber hinaus wären aber auch Leistungsbilanzdefizite eine normale Begleiterscheinung eines fortschreitenden demografischen Übergangs.

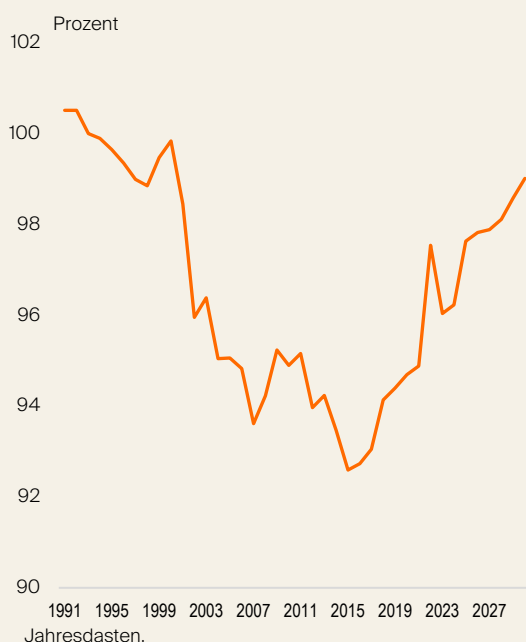
Abbildung 9:  
Leistungsbilanzsaldo



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2;  
Projektion des Kiel Instituts.

**Die Heimische Absorption legt mittelfristig stärker zu als die gesamtwirtschaftliche Produktion.** Durch den demografischen Wandel dürfte die heimische Absorption – spiegelbildlich zum Außenbeitrag – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zunehmen, zumal der Preisauftrieb für im Inland nachgefragte Güter wohl relativ hoch bleibt (Abbildung 10). Gleichwohl wird das sinkende Potenzialwachstum auch bei der heimischen Absorption Spuren hinterlassen.

**Abbildung 10:**  
Heimische Absorption in Relation zum Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Projektion des Kiel Instituts.

**Der private Konsum wird kaum noch steigen.** Die nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden mittelfristig wohl nur noch mäßig zulegen, nicht zuletzt, weil die Lohnsumme durch die sinkende Erwerbstätigkeit gedämpft wird. Bei einem gleichzeitig anhaltend hohem Preisauftrieb bei Konsumgütern dürften die real verfügbaren Einkommen kaum mehr als stagnieren. Die geringen Zuwächse des privaten Konsums ab dem Jahr 2028 speisen sich dementsprechend im Wesentlichen aus

einer rückläufigen Sparquote. Zwar könnte die Sparquote mittelfristig auch steigen, wenn jüngere Alterskohorten angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen der gesetzlichen Rentenversicherung verstärkt selbst vorsorgen. Für diese Projektion gehen wir allerdings davon aus, dass die strukturell bedingten Effekte über die geringere Sparneigung der zunehmenden älteren Alterskohorten leicht überwiegen.

**Der Staatskonsum verliert über die Zeit an Fahrt.** Während die Möglichkeiten zur Kreditfinanzierung zunächst spürbare Impulse geben und insbesondere mit dem Ausbau der Bundeswehr Konsumausgaben im größeren Stil anfallen, werden die Konsolidierungsmaßnahmen in den Sozialversicherungen und die in Teilbereichen des Staatswesens prekäre Haushaltssituation den Aufwuchs deutlich dämpfen. Der Staatskonsum dürfte trotzdem im gesamten Projektionszeitraum insgesamt stärker als das Produktionspotenzial zulegen.

**Auf die Investitionen wirken mittelfristig gegenläufige Einflüsse.** So könnte der demografische Wandel verstärkt Investitionen in Automatisierungen auslösen, um den rückläufigen Arbeitsvolumen entgegenzuwirken (Acemoglu und Restrepo 2021). Zudem wird die fortschreitende Dekarbonisierung Investitionen erforderlich machen. Gleichzeitig dürften dadurch aber auch andere Investitionen verdrängt werden, zumal die Energiepreise in Deutschland im internationalen Vergleich wohl hoch bleiben werden. Auch wird die sinkende Erwerbstätigkeit den Bedarf zur Kapitalausstattung verringern (Groll 2023). Schließlich war die private Investitionstätigkeit aufgrund der schlechten Stand-

ortbedingungen bereits in den vergangenen Jahren schwach, ohne dass Aussicht auf rasche Besserung besteht (Tabelle 3). Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass Bruttoanlageinvestitionen trotz des niedrigen Niveaus mittelfristig nur moderat zunehmen werden (Abbildung 11).

**Öffentliche Investitionen legen vorerst merklich zu.** Nach dem massiven Plus im Jahr 2025 dürfte die Expansion im Jahr 2026 etwas verhaltener, aber immer noch deutlich ausfallen. Da wir davon ausgehen, dass im Jahr 2027 erstmals nennenswerte Impulse aus der

Bereichsausnahme Verteidigung die Ausrüstungsinvestitionen erreichen, dürften sich die Investitionen dann merklich beschleunigen. Zwar wird das Tempo der Expansion in der Folge deutlich geringer, doch bleibt das Niveau im gesamten Projektionszeitraum hoch. Dabei kommt es zu einer relativen Verschiebung von Bau- zu Ausrüstungsinvestitionen, da die Kommunen als Träger vieler Baumaßnahmen Mittel aus dem SVIK wegen der schwierigen Finanzlage vordringlich zur Stabilisierung der Investitionshaushalte und nicht für deren Expansion einsetzen dürften.

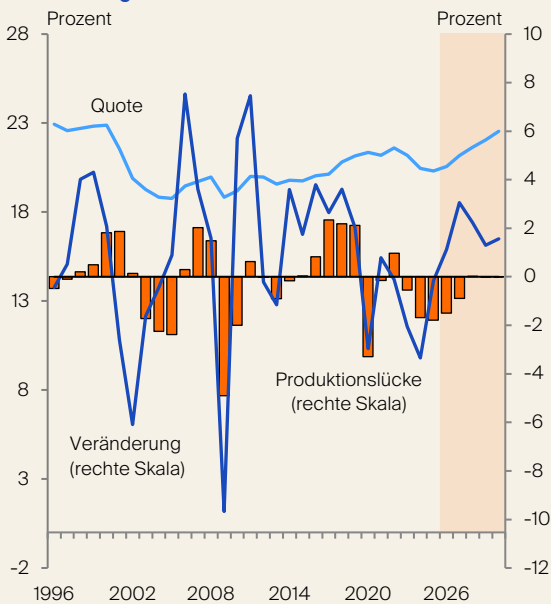
**Tabelle 3:**  
**Anlageinvestitionen 2024–2030**

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,2	1,1	3,1	2,2	1,3	1,6
Ausrüstungen	-5,4	-1,6	1,2	4,4	2,0	1,1	1,5
Wirtschaftsbau	-5,0	2,6	0,3	1,8	1,8	0,1	0,4
Sonstige Anlagen	0,2	3,8	3,3	4,1	3,8	2,5	2,5
Wohnungsbau	-5,4	-2,2	0,4	1,6	2,2	1,7	2,0
Öffentlicher Bau	7,4	-0,7	-0,1	2,7	0,1	-0,6	-0,5
<i>Nachrichtlich:</i>							
Bauinvestitionen	-3,4	-0,8	0,3	1,9	1,8	0,9	1,2

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; schattiert: Projektion Kiel Instituts.

**Abbildung 11:**  
**Bruttoanlageninvestitionen**



Jahresdaten; Quote, Veränderung: Bruttoanlageinvestitionen; Quote: nominal, Anteil am Bruttoinlandsprodukt; Veränderung: preisbereinigt.

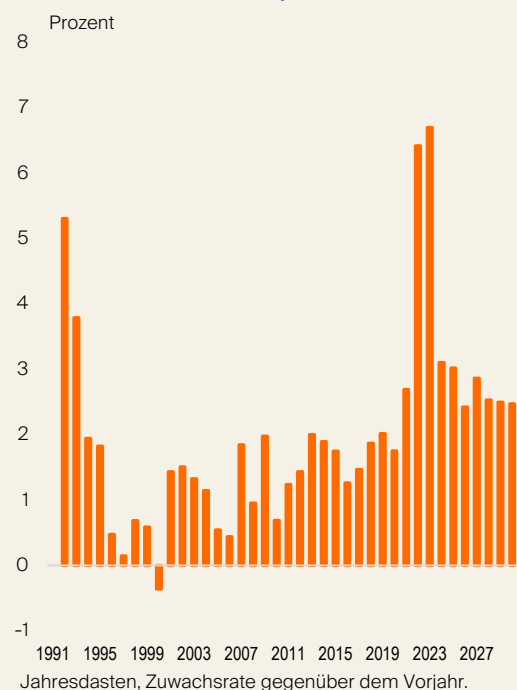
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Projektion.

**Der Preisauftrieb bleibt hoch.** Die gesamtwirtschaftliche Teuerung befindet sich bereits seit einigen Jahren auf erhöhtem Niveau. Nachdem der Deflator des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2022 und 2023 nicht zuletzt aufgrund der Folgen der Pandemie in Verbindung mit einer expansiven Wirtschaftspolitik jeweils um mehr als 6 Prozent gestiegen war, waren die Zuwächse auch in den vergangenen beiden Jahren mit rund 3 Prozent auffällig hoch. Zum Vergleich: Zwischen den Jahren 1991 bis 2019 nahm der Deflator um durchschnittlich 1,5 Prozent zu (Abbildung 12). Bereits in den Jahren vor 2022 war der Preisauftrieb höher als im langfristigen Durchschnitt. Für den Projektionszeitraum gehen wir weiterhin von

einem erhöhten Preisauftrieb aus. So wird der sinkende Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung preistreibend wirken. Zudem wird die gesamtwirtschaftliche Auslastung zumindest in den ersten Jahren des Projektionszeitraums zunehmen. Da der Preisauftrieb demografisch bedingt in Deutschland höher sein dürfte als im

übrigen Euroraum und hierzulande auch die fiskalischen Spielräume im Vergleich größer sind, können auch Inflationsraten von über 2 Prozent in Deutschland im Einklang mit dem geldpolitischen Ziel der Europäischen Zentralbank stehen.

**Abbildung 12:**  
Deflator des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Projektion des Kiel Instituts.

**Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Beschäftigung werden voraussichtlich sinken.** Im Zuge der wirtschaftlichen Belebung und der damit einhergehenden steigenden Arbeitsnachfrage seitens der Unternehmen dürfte die Arbeitslosigkeit in der mittleren Frist rückläufig sein. Die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit sinkt unserer Projektion zufolge auf 5,5 Prozent im Jahr 2030, ausgehend von 6,3 Prozent im Jahr 2025 (Tabelle 4). Die Alterung der Bevölkerung führt im Verlauf des mittelfristigen Projektionszeitraums dazu, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter und die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote schrumpfen, so dass dem Arbeitsmarkt von Jahr zu Jahr weniger Personen zur Verfügung stehen. Unseren Schätzungen zufolge

**Tabelle 4:**  
Arbeitsmarkt und Preisentwicklung 2024–2030

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	<b>Absolute Werte</b>						
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61.364	61.241	61.399	61.470	61.293	60.745	60.280
Erwerbstätige (Tsd. Pers.)	45.987	45.977	45.804	45.749	45.749	45.519	45.260
Arbeitszeit (Stunden)	1.334	1.332	1.340	1.344	1.340	1.335	1.332
Arbeitslose, BA (Tsd. Pers.)	2.787	2.948	2.987	2.904	2.673	2.590	2.531
Quote (%)	6,0	6,3	6,3	6,2	5,7	5,6	5,5
Erwerbslose, ILO (Tsd. Pers.)	1.490	1.666	1.771	1.682	1.551	1.543	1.534
Quote (%)	3,1	3,5	3,7	3,6	3,3	3,3	3,3
Effektivverdienste (Euro/h)	35,4	37,0	38,1	39,3	40,8	42,2	43,7
Bruttolöhne (Mrd. Euro)	1.942	2.031	2.101	2.175	2.249	2.309	2.370
	<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent</b>						
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	0,3	0,1	-0,3	-0,9	-0,8
Erwerbstätige	0,1	-0,0	-0,4	-0,1	0,0	-0,5	-0,6
Arbeitszeit	-0,3	-0,2	0,6	0,2	-0,3	-0,4	-0,2
Arbeitsproduktivität (Stundenbasis)	-0,3	0,4	0,5	0,8	1,2	1,0	1,0
Effektivverdienste	5,3	4,5	3,0	3,1	3,7	3,6	3,4
Bruttolöhne	5,5	4,6	3,4	3,5	3,4	2,7	2,6
BIP-Deflator	3,1	3,0	2,4	2,9	2,5	2,5	2,5
Verbraucherpreise	2,3	2,2	2,8	2,3	2,3	2,3	2,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 4; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

sinkt das Erwerbspersonenpotenzial (im Alter von 15 bis 74 Jahren) zwischen 2025 und 2030 um rund 800 000 Personen. Die sich bessernde Lage am Arbeitsmarkt wird sich daher – nach Rückgängen im laufenden und kommenden Jahr – lediglich in einer Stagnation der Erwerbstätigkeit bemerkbar machen. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte im Trend abwärtsgerichtet bleiben, zumal in den Jahren 2028 und 2029 spürbare negative Arbeitstageeffekte die Arbeitszeit belasten werden. Alles in allem dürfte das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nach anfänglichen Anstiegen mittelfristig sinken.

**Die Löhne dürften im Großen und Ganzen mit der Preis- und Produktivitätsentwicklung Schritt halten.** Nachdem die realen Lohnstückkosten im Zuge des Inflationsschubs deutlich gefallen waren, haben sie sich aufgrund der nachlassenden Inflation und der hohen Lohnanstiege normalisiert. Das Verhältnis von Lohnkosten auf der einen Seite und Preisen und Arbeitsproduktivität auf der anderen Seite bewegt sich nun wieder auf einem im langjährigen Vergleich durchschnittlichen Niveau, das als beschäftigungsneutral interpretiert werden kann. Für die mittlere Frist rechnen wir damit, dass die Lohn- und Preisdynamik im Großen und Ganzen im Einklang steht mit den Produktivitäts- und Preissteigerungen. In der Folge dürften die Effektivverdienste mit über 3 Prozent je Jahr zulegen.

### Risiken und Wirtschaftspolitik

**Potenzialbezogene Schätz- und Prognoseunsicherheiten mahnen zur Vorsicht.** Die hier vorgelegte Mittelfristprojektion stützt sich auf eine

Potenzialschätzung, aus der sich ausweislich der offenen Produktionslücke noch bis zum Jahr 2028 erhebliche Expansionsspielräume ergeben. Hierbei fließen als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung auch Umfragen zur Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ein, deren Werte weiterhin deutlich unter den Tiefständen in normalen Rezessionen liegen. Zusammen mit der ausgeprägten Schwäche der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie der insgesamt robusten Entwicklung der industriellen Aktivität in der übrigen Welt deutet dies darauf hin, dass ein größerer Teil der hierzulande als unterausgelastet berichteten Kapazitäten nicht mehr marktfähig ist (Jannsen und Kooths 2025). In dem Maße, wie dies der Fall ist, wird das Produktionspotenzial überschätzt. Zudem gehen wir bei der Fortschreibung des Arbeitskräftepotenzials von einer jährlichen Nettozuwanderung in Höhe von 150 000 Personen aus, die ebenfalls unsicher ist und sich für den Auftakt des laufenden Jahres noch nicht materialisiert hat. Auch wenn hier – anders als bei der Einschätzung zur industriellen Kapazitätsauslastung – auch Aufwärtsrisiken bestehen, so sind die Ergebnisse der Potenzialschätzung in Zeiten eines beschleunigten Strukturwandels besonders unsicher. Hierbei überwiegen insgesamt die Abwärtsrisiken, weil bisherige Produktionsstrukturen typischerweise schneller ihre Marktfähigkeit verlieren, als dass neue an ihre Stelle treten.

**Ohne standortstärkende Reformen erlahmt mittelfristig die ökonomische Dynamik, und es verschärfen sich die Verteilungskonflikte.** Mit der

noch vor Beginn der laufenden Legislaturperiode geänderten Finanzverfassung wurden die Defizitspielräume für die öffentlichen Haushalte massiv ausgeweitet. Dementsprechend kann der Staat über das Abgabenaufkommen hinaus verstärkt auf das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis zugreifen. Demgegenüber sind bislang standortstärkende Reformen, die das Produktionspotenzial anheben würden, ausgeblieben. Unter diesen Bedingungen versiegen nach und nach die Wachstumskräfte, so dass die mit höheren Staatsausgaben verbundene Nachfrage den Spielraum der privaten Akteure mehr und mehr einengt. Unter diesen Bedingungen erweist sich der finanzpolitische Kurs als problematisch, weil die Zinsausgaben einen immer größeren Teil der strukturellen Defizite binden (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2026, Kap. 4). Auch mit den europäischen Fiskalregeln gerät die Ausrichtung der hiesigen Finanzpolitik zunehmend in Konflikt. Perspektivisch ist daher eine Konsolidierung insbesondere von der Ausgabenseite her angezeigt, weil die andernfalls steigenden Abgabenlasten die Attraktivität des Standorts noch weiter schmälern. Hierzu bietet sich an, die Staatsaufgaben systematisch auf den ordnungspolitischen Prüfstand zu stellen und insbesondere die Bereitstellung von Club-Kollektivgütern (Verkehrsinfrastrukturen, Hochschulwesen) verstärkt über Nutzerentgelte zu finanzieren (Kooths 2026), um so die Steuerlast einzudämmen. Dies wäre ein wichtiger Baustein in einem Reformportfolio, mit dem sich über standortstärkende Maßnahmen Potenzialreserven heben ließen (Boysen-Hogrefe et al. 2026b). Stagniert hingegen die Gesamtwirtschaft, ver-

schärfen sich die Verteilungskonflikte, weil Zuwächse für einzelne Gruppen dann nur noch über Einschnitte bei anderen Gruppen möglich sind. Symptomatisch ist hierfür die Debatte um die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, bei der die Beitragsdynamik und das Rentenniveau im Mittelpunkt stehen. Dabei wird übersehen, dass eine nachhaltig steigende Rentenhöhe – also eine materielle Besserstellung der Rentner – nur in einer wieder dynamischer wachsenden Gesamtwirtschaft möglich ist ([Kasten 2](#))

## Methodenanhang

Das Produktionspotenzial, um das die tatsächliche Produktion schwankt, ist nicht beobachtbar und wird daher mit Hilfe statistischer Methoden geschätzt. Das Kiel Institut folgt dabei im Grundsatz dem Verfahren der Europäischen Kommission, das auf einem Produktionsfunktionsansatz beruht (Havik et al. 2014). An verschiedenen Stellen wird jedoch von dem Standardverfahren abgewichen, um den spezifischen Gegebenheiten in Deutschland besser Rechnung zu tragen.

Der Produktionsfunktionsansatz beschreibt die gesamtwirtschaftliche Produktion ( $Y$ ) als eine Funktion der Produktionsfaktoren Arbeit ( $L$ ) und Kapital ( $K$ ) sowie der Totalen Faktorproduktivität (TFP):

$$Y = L^{\alpha} \times K^{(1-\alpha)} \times \text{TFP}. \quad (1)$$

Der Faktor Arbeit wird anhand der Gesamtsumme der geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen) gemessen. Das Arbeitsvolumen hängt ab von der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre), der Partizipationsquote, der Erwerbslosenquote sowie den geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Der Faktor Kapital entspricht dem Kapitalstock der Volkswirtschaft. Die Produktionselastizität des Faktors Arbeit ( $\alpha$ ) wird auf 0,65 gesetzt. Dieser Wert geht auf die durchschnittliche Lohnquote in den vergangenen Jahrzehnten zurück. Die TFP beschreibt, wie effizient die Faktoren Arbeit und Kapital zur Produktion eingesetzt werden, und ergibt sich residual als jener Teil des Bruttoinlandsprodukts, der nicht durch die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann. Ein Anstieg der TFP wird oftmals mit technologischem Fortschritt in Verbindung gebracht. Durch die residuale Berechnung fließen in diese Größe allerdings sämtliche von einer aggregierten Produktionsfunktion nicht erfassbaren Einflussfaktoren ein – beispielsweise sich ändernde Strukturmerkmale und institutionelle Rahmenbedingungen, aber auch Messfehler.

Das Produktionspotenzial (YPOT) errechnet sich aus dem Trend der TFP (TFPT), dem potenziellen Arbeitsvolumen (LP) und dem (unverändert übernommenen) Kapitalstock (K):

$$\text{YPOT} = \text{LP}^{\alpha} \times K^{(1-\alpha)} \times \text{TFPT}, \quad (2)$$

Das potenzielle Arbeitsvolumen bestimmt sich analog zu dem Arbeitsvolumen aus vier Variablen: der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre), dem Trend der Partizipationsquote, jener Erwerbslosenquote, die mit einer langfristig konstanten Lohninflationsrate einhergeht (non-accelerating wage rate of unemployment, NAWRU), sowie dem Trend der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Die Trends der Partizipationsquote und der Arbeitsstunden werden dabei mithilfe des Hodrick-Prescott-Filters ermittelt. Die NAWRU wird anhand eines Modells bestimmt, das auf dem theoretischen Konzept einer Phillips-Kurve beruht. Die Phillips-Kurven-

Gleichung beschreibt den (negativen) Zusammenhang zwischen der Differenz von tatsächlicher Erwerbslosenquote und NAWRU (konjunktureller Arbeitslosigkeit) einerseits sowie der Veränderung der Lohninflationsrate (basierend auf den Pro-Kopf-Löhnen) andererseits. Der Trend der TFP wird anhand eines strukturellen Zeitreihenmodells berechnet, welches die zyklische und die trendmäßige Komponente der TFP mit Hilfe eines umfragebasierten Indikators für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung trennt. Hierfür wird der sogenannte CUBS-Indikator der Europäischen Kommission herangezogen, der auf der Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe sowie auf Angaben zum Geschäftsklima im Dienstleistungssektor und in der Bauwirtschaft beruht.

Abweichungen vom Standardverfahren der Europäischen Kommission betreffen insbesondere die Fortschreibung der Partizipationsquote und die Spezifikationen der verschiedenen Zeitreihenmodelle. So wird die Partizipationsquote nicht anhand eines einfachen autoregressiven Prozesses, sondern auf Basis eines Alterskohortenmodells fortgeschrieben, um der Verschiebung der Bevölkerungsstruktur in Deutschland von Alterskohorten mit einer relativ hohen Erwerbsbeteiligung hin zu Kohorten mit einer deutlich niedrigeren Erwerbsbeteiligung Rechnung zu tragen. Bei der Schätzung des Trends der TFP beginnt der Stützzeitraum im Unterschied zum Standardverfahren der Europäischen Kommission erst im Jahr 1996, da angenommen wird, dass sich das TFP-Wachstum der 1980er Jahre und dasjenige im Zuge der Wiedervereinigung strukturell von dem schwächeren Wachstum der Folgezeit unterscheiden. Darüber hinaus wurden auch die Modelle zur Fortschreibung des Kapitalstocks sowie der Arbeitszeit in der mittleren Frist gegenüber dem Standardverfahren modifiziert, um spezifische Gegebenheiten in Deutschland zu berücksichtigen und aktuelle Entwicklungen besser einzu beziehen. Schließlich wird ein Aufschlag auf die NAWRU vorgenommen, um die zunächst geringeren Arbeitsmarktchancen von Geflüchteten zu berücksichtigen. Der Aufschlag ergibt sich dabei implizit aus der monatlichen Rate, mit der arbeitslose Geflüchtete in der Vergangenheit in Deutschland eine Beschäftigung gefunden haben.

Das Kiel Institut prüft fortlaufend die Sensitivität seiner Ergebnisse bezüglich verschiedener Annahmen, die mit der Potenzialschätzung einhergehen, und versucht das Verfahren der Potenzialschätzung kontinuierlich zu verbessern. So wurden in einer umfangreichen Studie die Modelle und Schätzmethoden des Verfahrens der Europäischen Kommission kritisch analysiert, die Revisionsanfälligkeit in verschiedenen Zyklusphasen untersucht und verschiedene Verbesserungsvorschläge für das Verfahren evaluiert (Ademmer et al. 2019). Die Schätzungen des Produktionspotenzials und der Produktionslücke, die am aktuellen Rand und insbesondere in ausgeprägten Hochkonjunktur- und Schwächephasen mit großer Unsicherheit behaftet sind, werden zudem regelmäßig mit den Ergebnissen alternativer Modelle, beispielsweise dem modifizierten Hamilton-Filter (Ademmer et al. 2020, Kasten 1), und einer Batterie an umfragebasierten Konjunkturindikatoren verglichen und entsprechend eingeordnet. Auch Modifikationen des bisherigen Potenzialschätzverfahrens werden kontinuierlich evaluiert (Boysen-Hogrefe und Hoffmann 2023).

## Kasten 1: Die Schätzung des Produktionspotenzials nach dem EU-Verfahren

Das EU-Verfahren unterscheidet sich von unserem modifizierten Verfahren in drei wesentlichen Aspekten: der Kalenderbereinigung der Daten, der Fortschreibung der Partizipationsquote sowie der Projektion der TFP.

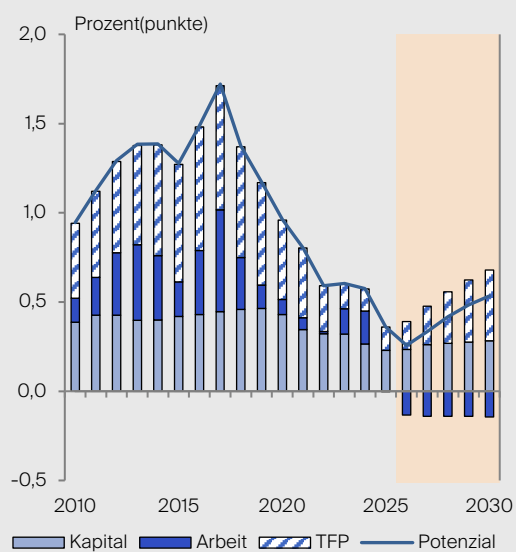
Während das EU-Verfahren auf den Ursprungsreihen des Bruttoinlandsprodukts sowie des Bruttoanlagevermögens beruht, nutzt das modifizierte EU-Verfahren kalenderbereinigte Werte, um den Einfluss von Kalendereffekten auf die Schätzung des strukturellen Wachstums auszuschließen.

Bei der Fortschreibung der Partizipationsquote setzt das modifizierte EU-Verfahren ein Alterskohortenmodell ein. Es projiziert die Partizipationsquoten der einzelnen Alterskohorten und aggregiert sie anhand der jeweiligen Bevölkerungsanteile zu einer gesamtwirtschaftlichen Partizipationsquote. Auf diese Weise fließt auch der Effekt der sich verändernden Alterszusammensetzung in die Fortschreibung ein, der infolge der demografischen Alterung dämpfend auf die Erwerbsbeteiligung wirkt. Durch die Anwendung des Alterskohortenmodells lässt sich die Prognosegüte verbessern (Hoffmann 2025). Das im EU-Verfahren verwendete Zeitreihenmodell, das die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote fortschreibt, lässt diesen Kompositionseffekt dagegen unberücksichtigt.

Bei der Schätzung des TFP-Trends verwendet das EU-Verfahren ein Unobserved-Component-Modell, das die TFP in eine Trend- und eine Zykluskomponente zerlegt. Beide unbeobachtbaren Komponenten werden über Zustandsgleichungen modelliert. Für den TFP-Trend unterstellt das EU-Verfahren dabei eine konstante oder zumindest hoch persistente Wachstumsrate (Multiplikatives Wachstum). Dadurch nähert sich die Wachstumsrate des TFP-Trends im Projektionszeitraum ihrem historischem Mittelwert an. Das modifizierte EU-Verfahren nutzt dasselbe Schätzverfahren, unterstellt für den TFP-Trend jedoch additives Wachstum, das Philippon (2022) auf Grundlage empirischer Evidenz vorgeschlagen hat (Boysen-Hogrefe und Hoffmann 2026). Der TFP-Trend steigt daher annahmegemäß mit einem konstanten Inkrement: Die TFP folgt damit nicht einem exponentiellen, sondern einem linearen Wachstumspfad. In den Ex-post-Daten ergeben sich daraus keinerlei Unterschiede zwischen dem ursprünglichen und dem modifizierten Verfahren; insbesondere sind die geschätzten TFP-Lücken nahezu identisch. Ein Pseudo-Echtzeit-Out-of-Sample-Experiment für eine Stichprobe von sieben Ländern zeigt jedoch, dass sich die historische Genauigkeit der Projektionen mit dem modifizierten Verfahren signifikant verbessert hätte.

Die Schätzung des Produktionspotenzials nach dem Verfahren der Europäischen Kommission (EU Commonly Agreed Method, EUCAM) weist im Projektionszeitraum einen stärkeren Wachstumspfad aus als das hier zugrunde gelegte Schätzverfahren. Dem EU-Verfahren zufolge dürfte das Produktionspotenzial zwischen den Jahren 2027 und 2030 mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von etwa 0,4 Prozent zulegen (Abbildung K1-1). Das von uns verwendete Schätzverfahren, das eine modifizierte Variante des EU-Verfahrens ist, weist für den gleichen Zeitraum im Durchschnitt nur rund 0,2 Prozent aus. Der steilere Wachstumspfad geht insbesondere auf einen weniger dämpfenden Beitrag des Arbeitsvolumens zurück, den wir im EU-Verfahren auf durchschnittlich -0,1 Prozent (modifiziertes Verfahren: -0,3 Prozent) schätzen. Ursächlich hierfür ist der im EU-Verfahren angelegte Anstieg der Partizipationsquote (Abbildung K1-2). In der Projektion des modifizierten Verfahrens ist die Partizipationsquote am Ende des Jahrzehnts bereits rückläufig und dämpft für sich genommen das Wachstum des Arbeitsvolumens.

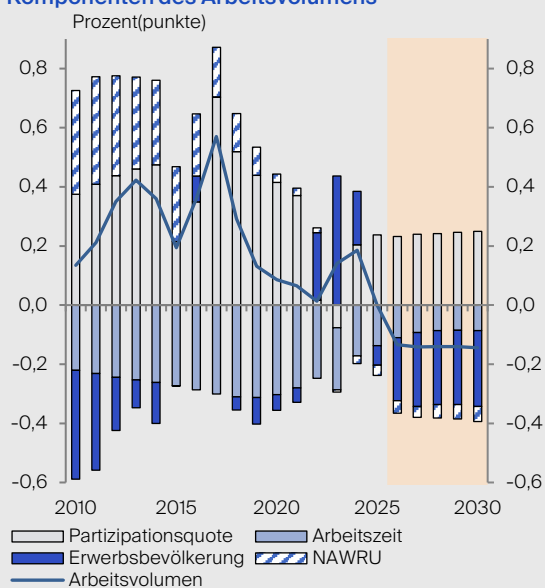
**Abbildung K1-1:**  
Produktionspotential und Wachstumsfaktoren



Jahresdaten. Produktionspotential: Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent; Faktoren: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

**Abbildung K1-2:**  
Komponenten des Arbeitsvolumens



Jahresdaten. Arbeitsvolumen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Komponenten: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

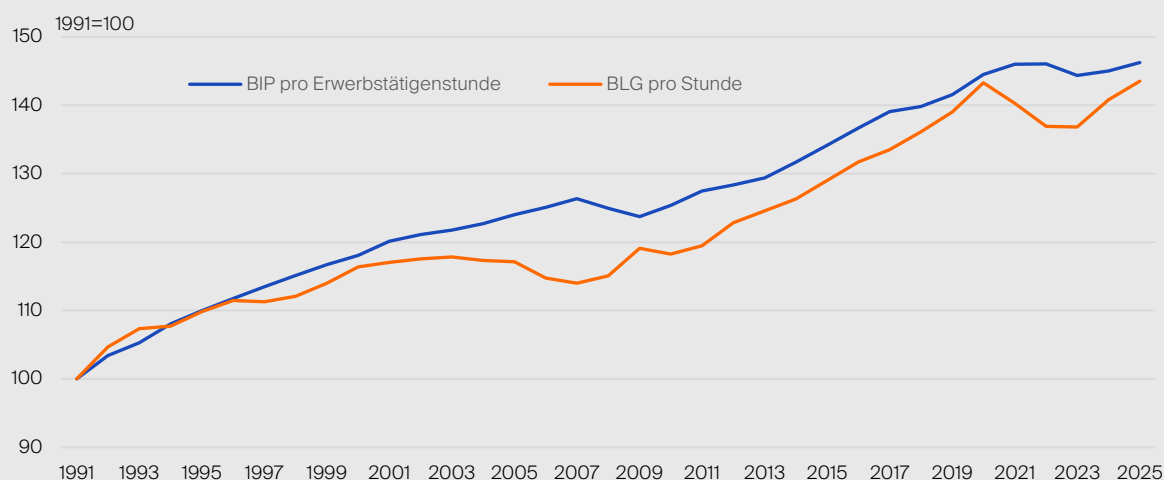
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Projektion des Kiel Instituts.

## Kasten 2: Zu den Einflussgrößen der Rentenhöhe

Im Mittelpunkt der Reformdebatte um die Altersversicherung stehen neben den steigenden Kosten des gesetzlichen Rentensystems zugleich auch die geringe Rentenhöhe. Während die Rentenhöhe den absoluten Zahlbetrag bezeichnet, ist das sogenannte Rentenniveau ein relatives Konzept, das die Rente eines Ruheständlers mit 45 Entgeltpunkten auf das durchschnittliche Jahresentgelt eines Aktiven bezieht. Die Bundesregierung hat zur Verbesserung der Rentenhöhe das Rentenniveau bis zum Jahr 2031 festgeschrieben. Mit Blick auf die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigt sich jedoch, dass für die Rentenhöhe die Entwicklung von Produktivität und Arbeitszeit von größerer Bedeutung waren als die Veränderung des Rentenniveaus. Effektive Rentenpolitik sollte daher vor allem mit Blick auf Produktivitätsfortschritt und Arbeitsanreize geführt werden.

In den vergangenen Jahrzehnten konnten die Renten nicht im gleichen Maß wie andere Größen vom Produktivitätsfortschritt profitieren. Während das Volkseinkommen pro Kopf bereinigt um den Deflator des privaten Konsums von 1991 bis 2025 um rund 36 Prozent gestiegen ist, lag der reale Rentenwert nur etwa 11 Prozent höher. Die These, dass dies an einer Verschiebung von Arbeitseinkommen, die die Renten tragen, hin zu anderen Einkommen z.B. Gewinnen liegt, lässt sich allerdings in den Daten nicht finden. Die preisbereinigten Arbeitsentgelte pro Stunde haben sich im Großen und Ganzen mit der Stundenproduktivität der Erwerbstätigen entwickelt (Abbildung K2-1). Der Faktor Arbeit wurde somit am Produktivitätsfortschritt nahezu proportional beteiligt. Die Lohnquote hat im Jahr 2025 sogar einen Rekordwert erreicht – womit der Blick auf das Verhältnis zwischen Arbeitseinkommen und Renten fällt. In der allgemeinen Diskussion wird hier oft das sogenannte Rentenniveau herangezogen.

**Abbildung K2-1:**  
Reale Produktivität und Stundenlöhne

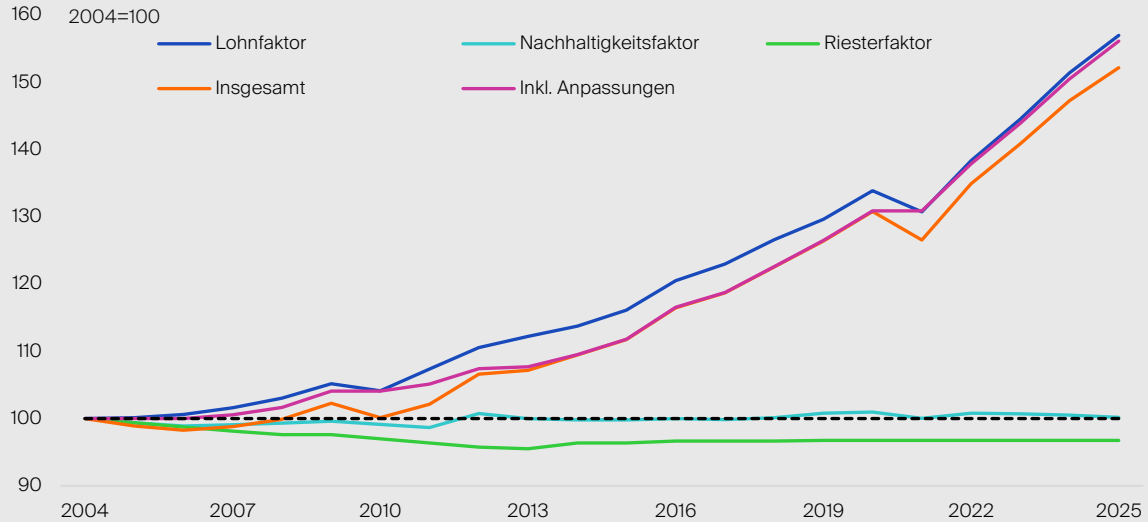


Quelle: Statistisches Bundesamt

Jüngst wurde festgelegt, dass das Nettorentenniveau, bei dem Sozialversicherungsbeiträge von der Rente und vom Lohn abgezogen werden, für die kommenden Jahre bis zum Jahr 2031 nicht unter 48 Prozent fallen soll. In den 1990er Jahren schwankte diese Größe noch um 53 ½ Prozent. Das für die Berechnung relevante Jahresentgelt wird jährlich mit dem Lohnfaktor der Rentenanpassungsformel fortgeschrieben. Für die Nettogröße werden die aktuellen durchschnittlichen Beitragssätze in den Sozialversicherungen herangezogen. Maßgeblich für das sinkende Rentenniveau waren die Reformen der 2000er Jahre. Die Rentenanpassungsformel wurde damals um den Riesterfaktor und etwas später um den Nachhaltigkeitsfaktor erweitert. Die sukzessive Einführung des Riesterfaktors ab dem Jahr 2002 bis zum Jahr 2012 hat das Rentenniveau für sich genommen um 4 Prozentpunkte reduziert. Der Nachhaltigkeitsfaktor hat hingegen über die Zeit insgesamt die Rentenhöhe kaum beeinflusst (Abbildung K2-2). Dass es nicht zu einer Minderung durch den

Nachhaltigkeitsfaktor kam, lag an dem deutlichen Beschäftigungsaufbau in den 2010er Jahren. Mit der Haltelinie von 48 Prozent haben beide Faktoren allerdings zur Zeit keine Bedeutung mehr.

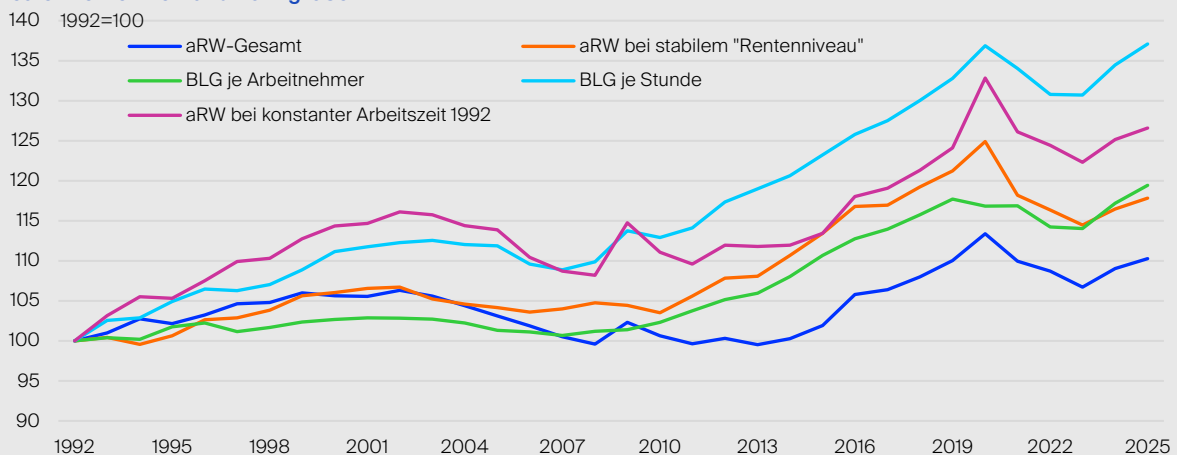
**Abbildung K2-2:**  
Kumulierte Rentenanpassungen nach Faktoren (nominal)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung; Berechnungen des Kiel Instituts.

Zugleich ist festzuhalten, dass es auch bei einer frühzeitigeren Stabilisierung des Rentenniveaus wohl zu einer Entkopplung von Stundenproduktivität und Renten gekommen wäre. Maßgeblich hierfür ist der Rückgang der Arbeitszeit pro Kopf. Dieser schlägt sich im Lohnfaktor der Rentenanpassungsformel nieder, da hier eine Pro-Kopf-Betrachtung erfolgt. Sinkt die Arbeitszeit pro Kopf, reduziert sich der Lohnfaktor bei gegebenem Stundenlohn entsprechend. Dies hat mit Blick auf die Lage im aktuellen Rentensystem zwei relevante Konsequenzen. Die Situation der „Bestandsrentner“ hängt nicht unwesentlich von der Entwicklung der Arbeitszeit pro Kopf ab. Teilzeit oder Vier-Tage-Woche mindern den Zuwachs der Renten. Zugleich bedeutet es für Vollzeitbeschäftigte, dass sich für diese der Erwerb eines Entgeltpunkts günstiger darstellt. Das heißt, dass der in der Diskussion immer wieder auftauchende, aber real wohl kaum existierende Eckrentner in den vergangenen Jahren (vor dem Renteneintritt) seine Arbeitszeit ebenfalls reduziert hat. Wer hingegen Vollzeit weiter zu durchschnittlichen Stundenlöhnen gearbeitet hat, hat pro Jahr mehr als einen Rentenpunkt erworben. Wäre die Arbeitszeit pro Kopf in den vergangenen Jahren nicht gesunken, hätte dies bei gleicher Beschäftigungs- und Stundenlohnentwicklung die Rentenhöhe stärker stabilisiert als eine hypothetische Fixierung des Rentenniveaus in den 1990er Jahren (Abbildung K2-3).

**Abbildung K2-3:**  
Realer Rentenwert und Lohngrößen



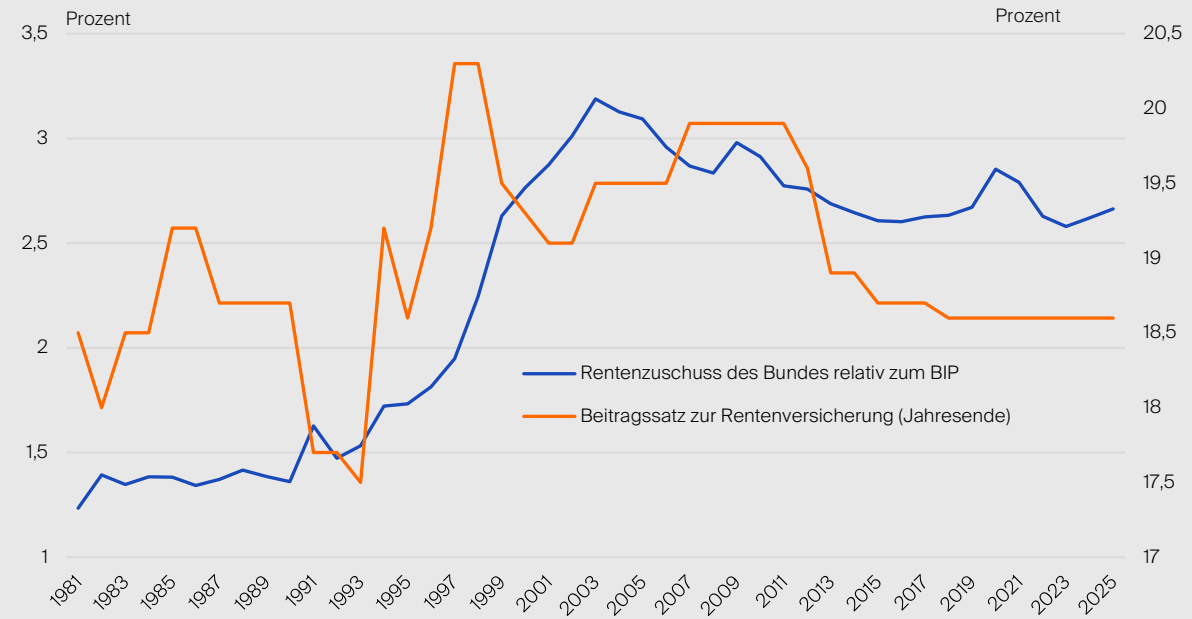
aRW: allgemeiner Rentenwert bis 2024 konstruiert aus Ost und West.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Kiel Instituts.

Aktuell stellen sich die Beitragssätze und der Bundeszuschuss zur Rente, der im kommenden Jahr diskretionär gekürzt werden soll, im Vergleich zur Situation Mitte der 2000er Jahre günstig dar (Abbildung K2-4). Maßgeblich dafür sind das reduzierte Rentenniveau und die stark gestiegene Beschäftigung. In den kommenden Jahren ist wegen des demografischen Wandels mit rückläufiger Beschäftigung zu rechnen und damit einem deutlichen Anstieg des Rentenbeitragssatzes und somit auch des Bundeszuschusses zur Rente, der zudem durch die Vorgaben der Haltelinie weiter erhöht wird. Wegen des besonderen Nettokonzpts des Rentenniveaus wird Anstieg des Beitragssatzes allerdings auch die effektive Rentenhöhe mindern.

Langfristig sind für die Höhe der Renten Produktivität, Arbeitszeit und Beschäftigung die wesentlichen Determinanten. Die Fixierung auf das Rentenniveau relativ zum Lohnniveau verengt die Debatte. Maßnahmen, die das Rentenniveau stabilisieren oder sogar erhöhen, aber ungünstig auf Produktivität, Arbeitszeit und Beschäftigung wirken, dürften mittel- bis langfristig in diesem Maße die Renten belasten.

**Abbildung K2-4:**  
**Beitragssatz und Bundeszuschuss zur Rente**



Inklusive Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung; statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des Kiel Instituts.

# Literatur

Acemoglu, D., und P. Restrepo (2021). Demographics and Automation. *The Review of Economic Studies* 89(1): 1–44.

Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, K. Carstensen, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, T. Rossian und U. Stolzenburg (2019). Schätzung von Produktionspotenzial und -lücke: Eine Analyse des EU-Verfahrens und mögliche Verbesserungen. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Möhle und U. Stolzenburg (2020). Mittelfristprojektion für Deutschland im Herbst 2020: Wachstumspfad flacht sich ab – zusätzliche Risiken durch die Pandemie. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 72. Kiel Institut für Weltwirtschaft .

Bode, E., N. Jannsen und U. Stolzenburg (2020). Industrierezession und Dienstleistungsbranchen. *Wirtschaftsdienst* 100(1): 75–76.

Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Krohn, J. Reents und C. Schröder (2025). Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2025: Finanzpolitik überdehnt die Wachstumskräfte. Kieler Konjunkturbericht 123. Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Krohn, J. Reents, C. Schröder (2026a). Wenig Schwung – Erhöhte Risiken. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 134. Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, T. Hoffmann und S. Kooths (2026b). Wachstumseffekte und Wachstumshebel. Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Kiel.

Boysen-Hogrefe, J., und T. Hoffmann (2023). Vorschläge zur Modifikation der Potenzi- alschätzung der Bundesregierung im Vergleich. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 45, 2023.

Boysen-Hogrefe, J., und T. Hoffmann (2026). From Multiplicative to Additive Growth: Redefining TFP in the European Framework. Kiel Working Paper, Nr. 2311, 2026.

Congressional Budget Office (2026): CBO's Current View of the Economy from 2026 to 2028. January 2026.

Deutsche Bundesbank (2026). Deutschland-Prognose: Energiepreisschock treibt Teuerung an und bremst die Konjunkturerholung. Monatsbericht Juni, Frankfurt (Main).

Groll, D. (2023). Zur Entwicklung des Kapitalstocks infolge der demografischen Alterung. Kiel Insight 2023.08.

Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W. und Vandermeulen, V. (2014). The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps (No. 535). Directorate General Economic and Financial Affairs (DG ECFIN), European Commission.

Jones, B. F. (2009). The burden of knowledge and the “death of the renaissance man”: Is innovation getting harder?. *The Review of Economic Studies*, 76(1): 283–317.

Hoffmann, T. (2025a). Zur Fortschreibung von Partizipationsquoten in Alterskohortenmodellen. Kiel Insight 2025.00.

Hoffmann, T. (2025b). Messung der gesamtwirtschaftlichen Auslastung in Strukturkrisen. Kiel Insight 2025.08.

Ilzetzki, E. (2025). Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups. Kiel Report 2. Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Kooths, S., und N. Jannsen (2025). Sinkende Produktionskapazitäten in der Industrie? *Wirtschaftsdienst* 105(1): 75-76.

Kooths, S. (2026). Infrastrukturen: Weniger Staat ist mehr. *Ifo Schnelldienst* 79(4): 32-35.

Philippon, T. (2022). Additive Growth. Working Paper 29950. National Bureau of Economic Research.

Planas, C., Roeger, W., und Rossi, A. (2013). The information content of capacity utilization for detrending total factor productivity. *Journal of Economic Dynamics and Control* 37(3): 577-590.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr, Essen.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026). Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr, München.

Ramey, V. A. (2020). The Macroeconomic Consequences of Infrastructure Investment. NBER Working Paper 27625.

# Impressum

**Kiel Institut für Weltwirtschaft**

**Standort Kiel**

Kiellinie 66, 24105 Kiel

Telefon + 49 431 8814-1

[info@kielinstitut.de](mailto:info@kielinstitut.de)

**Standort Berlin**

Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Telefon +49 30 30830637-5

[berlin@kielinstitut.de](mailto:berlin@kielinstitut.de)

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft – Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

**Das Institut wird vertreten durch den Vorstand:**

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident,  
Geschäftsführender Wissenschaftlicher  
Direktor

Michael Doberschütz, Geschäfts-  
führender Administrativer Direktor  
(m.d.W.d.G.b.)

Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizeprä-  
sident

**Zuständige Aufsichtsbehörde**

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Jensendamm 5, 24103 Kiel

**Umsatzsteuer ID**

DE 251899169

© 2026 Kiel Institut für Weltwirtschaft.  
Alle Rechte reserviert.

[Kielinstitut.de/publikationen](https://kielinstitut.de/publikationen)

